

Deutsch an der Uni: Frankreichs Sprachpolitik bedroht Deutschkenntnisse in Lothringen

Hélène Maillasson

Der Deutschunterricht in Frankreich könnte zugunsten von Englisch unbeliebter werden.

Ein Englisch-Zertifikat ist für französische Studenten jetzt Pflicht. An der Grenze wächst nun die Sorge, dass keiner mehr Deutsch lernt.

Der Zeitpunkt war äußerst ungünstig – oder vielleicht deshalb gewählt: Mitten in der Corona-Krise hat die französische Regierung einen neuen Sprachenerlass verabschiedet. Demnach müssen alle französischen Studenten, die einen ersten Abschluss (Bachelor) anstreben, eine Sprachzertifizierung absolvieren. Das Ziel: Die Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern. Der Haken: Bei der Zertifizierung ist Englisch Pflicht.

Céleste Lett, Saargemünds scheidender Bürgermeister, wandte sich in einem Brief aufgebracht an Frankreichs Premierminister Edouard Philippe: Er sei „empört“ und „traurig“ darüber, dass die Regierung diesen Erlass, der in der Grenzregion Grand Est umstritten ist, verabschiedet habe – während einer Gesundheitskrise, während diese Region beschäftigt war, „ihre Toten aufzuzählen“, schrieb der Republikaner.

Fünf elsässische Abgeordnete haben sogar eine Beschlussvorlage bei der Nationalversammlung in Paris eingereicht, um eine Änderung des Erlasses zu erreichen. Sie schlagen vor, „eine Zertifizierung in englischer Sprache“ durch „eine Zertifizierung in einer Fremdsprache“ zu ersetzen.

Wenn sich auch in der Grenzregion alle darüber einig sind, dass Englischkenntnisse in der heutigen Welt unabdingbar sind, bedauern sie, dass die kulturellen und wirtschaftlichen Realitäten der Grenzregionen nicht berücksichtigt wurden. „In unserem grenzüberschreitenden Einzugsgebiet stellen Deutschkenntnisse einen realen Mehrwert für Studenten dar – bei der Jobsuche, aber auch allgemein für ihre Karriere“, sagt Christophe Arend, Forbacher Abgeordneter in der Nationalversammlung und Mitglied der Macron-Partei. Dass die verpflichtende Zertifizierung ausschließlich auf Englisch absolviert werden kann, stehe für ihn im absoluten Widerspruch zum Aachener Vertrag von 2019, in dem es darum geht, dass Frankreich und Deutschland ihre Kooperation vertiefen wollen – auch beim Spracherwerb. Dieser Meinung ist auch Léon Dietsch, Vorsitzender des Vereins „Culture et Bilinguisme de Lorraine“ (deutsch: „Kultur und Zweisprachigkeit in Lothringen“). „Wie soll künftig zweisprachiges Personal rekrutiert werden, wenn die Studenten im Endeffekt nur noch Englisch lernen, weil es die Sprache ist, die für die Zertifizierung gebraucht wird?“, fragt er. „Diese Maßnahme gefährdet den Deutschunterricht in unserer grenzüberschreitenden Region, und dass nicht nur an den Universitäten“, sagt er. Denn wer schon weiß, dass er in den meisten Studiengängen lediglich Englisch braucht, „wird auch bereits in der Schule wohl kaum Interesse für eine zusätzliche Sprache entwickeln“, fürchtet er. „Wir fordern,

dass Deutsch in den Grenzregionen wie zum Beispiel im Département Moselle genauso anerkannt wird wie Englisch“, sagt er der SZ.

Eine Gefahr sieht ebenso der Deutschlehrerverband ADEAF. Der Erlass gefährde nicht nur den Erwerb der deutschen Sprache, sondern die Mehrsprachigkeit in Frankreich. Die Sprachpolitik Frankreichs werde zum Ergebnis haben, dass sich das Angebot auf Englisch beschränke – zum Nachteil aller anderen Sprachen, teilt der Verband mit.